

Zürich

Müller regiert wieder

Der Badener Stadtammann Geri Müller hat fast alle seine Ressorts zurückerhalten und kann die Stadt damit wieder regieren. **SEITE 29**

Aussenminister auf Zeit

Markus Meckel hat als letzter Aussenminister der DDR sechs Monate lang am Abbau seines Staats gearbeitet. **SEITE 32**



Zweimal Ja, zweimal Nein: Johannes Zollinger (EVP) und Anita Borer (SVP) debattieren über die Klassengrösseninitiative und den kantonsrätlichen Gegenvorschlag.

Nathalie Guinand

Daniel Gloor zieht Urteil weiter

BVK Noch im August lautete das Urteil des Obergerichts: sechs Jahre Freiheitsentzug für Daniel Gloor, den ehemaligen Anlagechef der Beamtenversicherungskasse (BVK) des Kantons Zürich. Doch Gloor akzeptiert den Entscheid nicht.

Das Bundesgericht hat sich mit dem ehemaligen Anlagechef der Zürcher Beamtenversicherungskasse (BVK), Daniel Gloor, zu befassen. Wie das «Regionaljournal Zürich-Schaffhausen» von Radio SRF gestern Abend meldete, zieht Gloor das Urteil des Zürcher Obergerichts weiter. Gloor und sein Anwalt seien nicht damit einverstanden, wie das Obergericht einige Punkte rechtlich gewürdigt habe, sagte Anwalt Thomas Häusermann auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA. Diese wolle man nun vom Bundesgericht überprüfen lassen.

Das Obergericht hatte Ende August den 59-jährigen Ex-Beamten der passiven Bestechung, der ungetreuen Amtsführung, der Geldwäscherei (alles mehrfach begangen) und der Verletzung des Amtsgeheimnisses schuldig gesprochen. Freigesprochen wurde er bezüglich eines Darlehens, welches das Gericht nicht als Bestechung wertete.

Mildere Strafe gefordert

Gloor hatte während Jahren von Geschäftsfreunden Geld und Geschenke entgegengenommen. Dafür schanzte er ihnen lukrative Vermögensverwaltungsaufträge zu. Vor Gericht sagte Gloor, er bekenne sich zu seinen Taten, fordere aber eine mildere Strafe. An ihm habe das Bezirksgericht Zürich ein Exempel statuiert. Wegen ungetreuer Amtsführung und passiver Bestechung könne sein Mandant im Übrigen gar nicht verurteilt werden, hatte Gloor's Anwalt argumentiert. Seit 2004 sei er nämlich kein Beamter mehr gewesen. *sda*

Sind unsere Schulklassen zu gross?

ZÜRICH Sollen Schulklassen aus maximal 20 Schülerinnen und Schülern bestehen? Oder reicht es, wenn die Lehrkräfte punktuell Verstärkung erhalten? Ein Streitgespräch über die Klassengrösseninitiative und den Gegenvorschlag.

Was versprechen Sie sich von der Begrenzung der Klassengrösse auf 20 Kinder?

Johannes Zollinger: Eine spürbare Entlastung für Lehrpersonen und Verbesserungen für die Schülerinnen und Schüler. Kleinere Klassen geben der Lehrperson mehr Möglichkeiten, sich um individuelle Bedürfnisse der Kinder zu kümmern. Die Gesellschaft und mit ihr auch die Schulklassen sind heterogener geworden. Das bedeutet mehr Aufwand – auch für Gespräche mit Eltern.

Anita Borer: Es stimmt, dass der Aufwand gestiegen ist. Aber die Initiative bekämpft nur die Symptome. Es kommt nicht auf die Klassengrösse an, sondern auf die Zusammensetzung der Klasse. Das Problem sind die Störenfriede. Verkleinert man eine Klasse und hat trotzdem schwierige Fälle darin, bringt das wenig. **Selbst Lehrer finden, die Klassengrösse sei nicht entscheidend. Sie schlugen deshalb vor, schwierige Schüler doppelt zu zählen. Dieser Vorschlag ist vom Tisch. Zeigt er nicht die Schwäche der Initiative?**

Zollinger: Nein, das Problem ist, dass sich die Zusammensetzung der Klassen nicht steuern lässt. Kinder müssen dort zur Schule, wo sie wohnen. Steuern lässt sich eben einzig die Schülerzahl pro Klasse. In der Primarstufe haben

wir eine Richtzahl von 25 Schülern, aber erst bei 29 ist es zwingend, Abhilfe zu schaffen. Wir boten verschiedentlich Lösungen an mit einer flexiblen Richtzahl. Aber nie ist man darauf eingestiegen. Darum bringen wir jetzt die Initiative.

Borer: Es gibt andere Ansätze als die Klassengrösse. Das Hauptproblem ist das Volksschulgesetz, das zu stark auf Integration setzt. In gewissen Fällen macht Integration ja Sinn, aber nicht auf Biegen und Brechen. Die Gemeinden müssten wieder wie früher ohne Nachteile flexibel entscheiden können, ob sie Kleinklassen bilden wollen oder nicht. Heute haben sie oftmals nur die Wahl, Problemfälle entweder in teure Sonderschulheime auszulagern oder sie in die Regelklasse zu integrieren.

Zollinger: Ich teile zum Teil die Kritik am integrativen Konzept. Integration ist gut, weil Kinder so nicht stigmatisiert werden. Aber wir sind ins Extreme gefallen. Mit der Integration haben wir die Probleme auf die ganze Schule verteilt. Vorher hatten wir sie nur in speziellen Kleinklassen.

Borer: Darum sage ich, dass wir den Gemeinden wieder mehr Flexibilität geben müssen, kleine Klassen bilden zu können. Heute müssen sie eine vorgegebene Zahl an Ressourcen für den integrativen Unterricht einsetzen.

Zollinger: Theoretisch könnte man bereits heute Kleinklassen bilden. Weil aber die Zahl der zugewiesenen Vollzeiteinheiten pro Klasse fix ist, muss die Gemeinde, wenn sie eine Kleinklasse bildet, eine andere Klasse umso grösser machen. Dazu kommt ein anderes Problem: Seit es den Anspruch auf integrativen Unterricht gibt, ist es schwierig geworden, Eltern davon zu überzeugen, dass ihr Kind in einer Kleinklasse besser aufgehoben ist. Es droht immer der Rechtsweg.

Die Initiative verursacht jährlich Kosten von 120 Millionen. Das ist viel, zumal unsicher ist, ob sie die Probleme löst.

Zollinger: Wir stellen die von der Regierung genannten Zahlen in Frage. Wir selber gehen von 60 bis 80 Millionen aus. Die wirklichen Kosten hängen davon ab, wie man die Initiative umsetzt. Wir haben immer gesagt, dass wir sie nicht stur, sondern pragmatisch umgesetzt haben wollen. Hat man zum Beispiel in Sternberg in einer Klasse 21 Schüler, braucht man

«Wenn ich am Verdursten bin und ein Gläschen Wasser erhalte, sage ich auch nicht Nein danke, sondern greife zu.»

Johannes Zollinger (EVP)

den 21. nicht unbedingt nach Bauma zu schicken. Letztlich geht es bei der Initiative um eine Investition in die Zukunft, die wir uns leisten sollten.

Borer: Ob 120 oder 80 Millionen: Es ist zu viel Geld im Verhältnis zum Nutzen. Für die Gemeinden entstehen zudem Folgekosten wegen des zusätzlichen Schulraums, den sie zur Verfügung stellen müssen. Schon heute fehlt dieser vielenorts. In den letzten Jahren hat man in der Schule viel gemacht, was viel Geld gekostet, aber nichts gebracht hat. **Frau Borer, Sie lehnen nicht nur die Initiative, sondern auch den Gegenvorschlag ab. Unbestritten ist aber, dass Lehrer einen Verschleissjob haben und burn-out-gefährdet sind, wie eine Studie kürzlich zeigte. Kann man da einfach für Nichtsmachen plädieren?**

Borer: Ich plädiere nicht dafür, nichts zu machen. Aber ich bin gegen diese Initiative und diesen Gegenvorschlag, weil beide schon im Ansatz falsch sind. Der Gegenvorschlag bringt ebenfalls Mehrkosten, auch wenn er moderater ist. Aber er bewirkt fast gar nichts.

Herr Zollinger, Sie befürworten Initiative und Gegenvorschlag, favorisieren aber die Initiative. Was finden Sie gut am Gegenvorschlag und was nicht?

Zollinger: Gut ist, dass es ihn überhaupt gibt. Der Kantonsrat, der ihn ausgearbeitet hat, anerkennt damit, dass es ein Problem gibt. Allerdings ist der Gegenvorschlag derart «schmürzelig», dass man ihn kaum spürt. Trotzdem: Wenn ich am Verdursten bin und ein Gläschen Wasser erhalte, sage ich nicht Nein danke, das bringt mir nichts, sondern greife zu. Am Gegenvorschlag bemängle ich auch, dass die rund 100 zusätzlichen Lehrerstellen, die zur Verfügung gestellt werden, nicht von den Gemeinden, sondern vom Volksschulamt verwaltet werden.

Damit ist der Stellenpool für Notfälle angesprochen, über den das Volksschulamt verfügt. Er ist zurzeit mit 160 Stellen bestückt. Finden Sie diesen Pool eine gute Sache?

Borer: Ja, den braucht es. **Warum sträuben Sie sich denn dagegen, dass er via Gegenvorschlag mit 100 zusätzlichen Stellen aufgestockt wird?**

Borer: Zusätzliche Angebote kurbeln auch die Nachfrage an. Der Zweck des Pools ist ja vor allem, dass man Gemeinden unter die

«Es kommt nicht auf die Klassengrösse an, sondern auf die Zusammensetzung der Klasse.»

Anita Borer (SVP)

Arme greifen kann, die unter dem Jahr Veränderungen erfahren oder mit ihren Stellen nicht auskommen.

Zollinger: Die Lehrpersonen wollen nicht a priori mehr Leute. Die meisten sind zufrieden, wenn alles gut funktioniert. Denn mit zusätzlichen Leuten steigt auch der Aufwand für Absprachen. Als Schulpräsident stelle ich fest, dass Lehrer nur Hilfe holen, wenn sie wirklich am Anschlag sind.

Borer: Ich sage nochmals, man muss bei den Ursachen ansetzen, nicht bei den Symptomen. Die Zusammensetzung der Klassen ist entscheidend, nicht deren Grösse. Die Gemeinden sollten mehr Flexibilität erhalten, um Kleinklassen bilden zu können. Und die Kleinklassen sollten vom System her nicht so verpönt sein. Oft sind sie sinnvoll. Immer mehr zusätzliche Stellen lösen das Grundproblem nicht.

Moderation: Thomas Schraner

DIE INITIATIVE UND DER GEGENVORSCHLAG

Am 30. November entscheiden die kantonalen Stimmberechtigten über die von der EVP lancierte Volksinitiative zur Klassengrösse und den Gegenvorschlag des Kantonsrates.

Die Initiative verlangt, dass die Klassengrösse in der gesamten Volksschule auf maximal 20 Schüler begrenzt wird. Gemäss der Bildungsdirektion wären dazu 1350 zusätzliche Lehrstellen nötig, was Kosten von jährlich 120 Millionen Franken verursachen würde. Zudem bräuchte es rund 600 zusätzliche Schulräume. SP, EVP und AL befürworten die Initiative. SVP,

FDP, Grüne, GLP, CVP und EDU lehnen sie ab.

Der Gegenvorschlag will den bestehenden Stellenpool des Volksschulamtes für besonders grosse oder schwierige Klassen aufstocken: um 100 auf 260 Stellen. «Die Feuerwehr dort einsetzen, wo es brennt», sagen die Befürworter. Der Gegenvorschlag kostet jährlich 15 Millionen, 12 davon zulasten der Gemeinden. Grüne, GLP und CVP befürworten nur den Gegenvorschlag. SP, EVP und AL sind für ein doppeltes Ja. SVP, FDP und EVP sagen auch Nein zum Gegenvorschlag. *tsc*

In Kürze

GEFÄNGNIS AFFOLTERN Suspendierter Leiter erhält neue Stelle

Der Leiter des Gefängnisses Affoltern ZH wird nach seiner Suspendierung nicht wieder in seiner Funktion eingesetzt. Er werde eine neue Aufgabe im Justizvollzug übernehmen, teilte das kantonale Amt für Justizvollzug am Freitag mit. Die Suspendierung war im Zusammenhang mit Delikten von Gefängnismitarbeitenden erfolgt. *sda*

HOMBRECHTIKON Jugend-Prix-Courage an zwei Mädchen

Erstmals vergab die Zeitschrift «Beobachter» in diesem Jahr einen Jugend-Prix-Courage. Er ging an zwei 16-jährige Mädchen aus Hombrechtikon ZH, die sich für eine Mitschülerin eingesetzt hatten, die gemobbt wurde. Der Hauptpreis ging an einen jungen Lebensretter aus Murg SG. *sda*

DIE PERSONEN

Anita Borer (SVP) ist seit 2011 Kantonsrätin und dort Mitglied der Kommission Bildung und Kultur (KBK). Sie ist 29-jährig, wohnt in Uster und arbeitet als Bankkundenberaterin.

Johannes Zollinger (EVP) ist seit 2005 Kantonsrat und KBK-Mitglied. Er ist 66-jährig und von Beruf Treuhänder und Spitalverwaltungsfachmann. Er ist in Wädenswil Stadtrat und Schulpräsident. *red*